

Generalsekretariat VBS
Sicherheitspolitik
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zürich, 28. Mai 2010 Da/sb

**Stellungnahme zum Entwurf des Berichts des Bundesrats
an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 19. April 2010 und danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf des Berichts des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz Stellung nehmen zu können.

Die kurze Anhörungsfrist hat es uns leider nicht erlaubt, eine vertiefte Analyse des Berichtsentwurfs unter Beizug unserer Mitgliedverbände vorzunehmen. Wir müssen uns deshalb im Folgenden auf einige grundsätzliche Bemerkungen und spezifische Hinweise aus Sicht der Wirtschaft beschränken.

1. Vitales Sicherheitsinteresse der Wirtschaft mit internationalen Dimensionen

Vorab ist festzustellen, dass die schweizerische Wirtschaft ein vitales Interesse an stabilen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen hat. Das gilt nicht nur für die Verhältnisse in der Schweiz, sondern darüber hinaus auch für die Verhältnisse im Ausland, nachdem unsere Unternehmungen sowohl mit Exporten wie mit Direktinvestitionen stark in den internationalen Märkten engagiert sind und umgekehrt von dort im hohen Masse Zulieferungen beziehen.

Die schweizerische Sicherheitspolitik muss deshalb sowohl mit Blick auf das strategische Vorfeld und die direkte Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, als auch im Zusammenhang mit der internationalen «Sicherheitsproduktion» in eine grenzüberschreitende Perspektive gestellt werden. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass der Berichtsentwurf auch die internationalen Dimensionen der schweizerischen Sicherheitspolitik unter den genannten Aspekten thematisiert und wiederholt in den wirtschaftspolitischen Kontext stellt.

Entsprechend ihrem Sicherheitsinteresse ist die Wirtschaft auch bereit, ihren Beitrag zur Umsetzung der schweizerischen Sicherheitspolitik zu leisten. Das gilt insbesondere für die Bereitstellung der personellen Ressourcen im Milizsystem (vgl. nachstehend Ziff. 4).

2. Bedrohungsanalyse und Grundstrategie

Der Berichtsentwurf vermittelt eine umfassende Übersicht der aktuellen und absehbaren künftigen Bedrohungen; und die Hinweise, welche wir in der mündlichen Anhörung im Frühjahr 2009 geben



konnten, sind weitgehend berücksichtigt. Allerdings bleibt der Entwurf in manchen Teilen deskriptiv und ohne klare Risikogewichtung im Hinblick auf die an sich richtig formulierten allgemeinen sicherheitspolitischen Ziele.

Als Folge des flachen Aussage-Profiles der Bedrohungsanalyse sind in der Strategie zu wenig deutliche Schwerpunkte gesetzt und sind die Prioritäten und Modalitäten beim jeweiligen Mitteleinsatz nicht genügend klar ersichtlich. Das betrifft vor allem die Armee, deren Funktionen und Aufträge besonders präzise umschrieben sein müssen, wenn sie als ressourcenstärkstes Instrument der schweizerischen Sicherheitspolitik nicht von ausufernden Einsatzansprüchen überfordert werden soll.

3. Sicherheitsverbund Schweiz

Eine intensive Kooperation der verfügbaren Kräfte im Landesinnern und im grenznahen Ausland ist für die Bewältigung der in diesem Raum anfallenden sicherheitspolitischen Aufgaben unerlässlich. Es stellt sich also nicht die Frage, ob ein Sicherheitsverbund Schweiz geschaffen werden soll, sondern weshalb eine solche Plattform nicht schon besteht und vor allem, ob mit den vorgesehenen Strukturen eine genügende Effizienz erreicht werden kann. Diesbezüglich bleiben bei der Lektüre des Berichtsentwurfs einige Zweifel. Die Ausführungen auf Seite 20 ff. vermitteln ein komplexes Bild vielfältiger Zuständigkeiten und Prozesse, das sich nur schwer mit den Anforderungen einer raschen Entscheidung und – Umsetzung in schwierigen Lagen vereinbaren lässt. Die auf S. 71 f. identifizierten Defizite im sicherheitspolitischen Krisenmanagement sollten deshalb mit weitergehenden Massnahmen angegangen werden, als mit der Schaffung eines Konsultations- und Koordinationsmechanismus (SVS) vorgesehen ist.

4. Milizarmee

Die Wirtschaft unterstützt die Ausführungen im Berichtsentwurf zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Milizarmee. Auf die festgestellte Erosion der Bereitschaft zum Dienst für die Allgemeinheit darf nicht mit dem staats- und wehrpolitisch fragwürdigen Übergang zur Freiwilligen-Miliz oder zur Berufsarmee, sondern muss mit einer besseren Einbettung des Milizsystems in das heutige gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld reagiert werden.

Der Berichtsentwurf verweist richtigerweise auf die Notwendigkeit einer verbesserten Koordination des Ausbildungsmodells der Armee mit den zivilen Bildungsgängen, den beruflichen Laufbahnen und den Bedürfnissen der Unternehmungen. Dabei ist auch an den Qualifikations-Transfer zwischen Armee und Wirtschaft zu denken, mit dem zusätzliche Anreize für das Engagement in militärischen Kaderfunktionen gesetzt werden können. Die Wirtschaft ist bereit, hier ihren Beitrag zu leisten, will aber unbedingt frühzeitig in die entsprechenden Diskussionen einbezogen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

economiesuisse

Thomas Daum

Thomas Pletscher